

Für die Kreistagsgruppe CDU/FDP/Die Unabhängigen stelle ich die folgenden Anträge:

1. Für den Doppelhaushalt 2025/2026 ist ein Haushaltssicherungskonzept nach § 110 Abs. 6 NKomVG aufzustellen. Hierin ist darzustellen, in welchem Zeitraum und durch welche Maßnahmen der Haushaltsausgleich wieder erreicht werden soll.

Begründung: Ausgeglichene Haushalte sind ohne Veränderungen auch in den nächsten Jahren nicht zu erwarten. Um 9,3 Millionen Euro verringern sich allein in 2024 die Zuweisungen des Landes Niedersachsen und die Kreisumlage. Dadurch erhöht sich das bisher schon geplante Defizit weiter. Für 2024 ist bereits ein Nachtragshaushalt notwendig. Vorschläge für das Haushaltssicherungskonzept erwarten wir von der Kreisverwaltung und von allen Fraktionen.

2. Die Jahresabschlüsse für die Jahre 2022 und 2023 sind spätestens dann von der Verwaltung fertigzustellen, wenn der Doppelhaushalt 2025/2026 zur Beratung den Ausschüssen vorgelegt wird.

Begründung: Der Landkreis Northeim ist nach § 127 Abs 1 NKomVG verpflichtet seinen Jahresabschluss innerhalb von drei Monaten nach Ende des Haushaltsjahres aufzustellen. Der Jahresabschluss für 2022 hätte am 31.03.23 und der Jahresabschluss 2023 am 31.03.24 aufgestellt sein müssen.

Der Haushaltsplan für 2022 weist ein Defizit von 14, 7 Millionen Euro und der Haushaltsplan für 2023 ein Defizit von 29 Millionen Euro aus. Für die Beurteilung der finanziellen Lage des Landkreises und die Beratungen über den Doppelhaushalt 2025/2026 ist die Entwicklung des Gesamtergebnisses und die Gesamtverschuldung für die Kreistagsabgeordneten von besonderer Bedeutung. In den letzten Jahren erhöhte sich die Zahl der Beschäftigten beim Landkreis erheblich. Kann sich der Landkreis Northeim noch alles Wünschenswerte weiter leisten? In welchen Bereichen sind Maßnahmen für das Haushaltssicherungskonzept denkbar?

Für den Nachtragshaushalt 2024 hat die Verwaltung des Landkreises Rückstellungen für diverse Maßnahmen verringert. Das ist angebracht, wenn sich die ursprünglich geplanten Haushaltsansätze verändern. Eigentlich wäre das aber eine Aufgabe der Jahresabschlüsse für 2022 und 2023 gewesen, bei dem die Haushaltsansätze überprüft und geändert werden, bevor sie ggf. in das neue Haushaltsjahr übertragen werden.